

Demokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Donnerstag, 28. September 1922.

Nr. 228.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abnahme
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Die mutigen Trompeter.

Wir haben wieder einmal das Mißfallen der Deutschbürgerlichen erregt. Diesmal ist es die Rede des Genossen Dr. Czech auf der Lepšitzer Kreisversammlung, die es ihnen angetan hat. Die „Bohemia“, das Hauptorgan der deutschdemokratischen Partei, die sonst nicht immer gerade Begeisterung für die Taktik und Kampfmethoden der Baaran, Jung und Lodgman zeigt, sich aber in letzter Zeit zur Bewunderin und Propagandistin der von Deutschen und Deutschgelben in Troppau und Gablonz neuerrundenen, vorläufig freilich noch sagenhaften Kampfmittel gewandelt hat, ist betrübt darüber, daß Dr. Czech nicht in das selbe Horn geblasen und nicht in gleicher Wortathletik gemacht hat, wie die hakenkreuzlerischen Mannen in Troppau und Gablonz. „Abblasen vor dem Aufmarsch“, so nennt sie den Leitartikel, den sie der Rede Czechs widmet. Und sie sucht ihren Lesern einzureden, Genosse Dr. Czech hätte „Friedfertigkeit“ gegenüber der neuen Regierung verkündet und hätte guageheißt, was die tschechische Koalition an Ungerechtigkeiten gegenüber den Deutschen verübt hat. Neben diesen wenig noblen Fälschungen, die etwa irgend einem Provinz-Schriftleiter-Blatte alle Ehre gemacht hätten, produziert die „Bohemia“ auch ihren Schmerz darüber, daß die deutschen Sozialdemokraten noch immer nicht in einer nationalen Einheitsfront mit den deutschen Agrariern, Kapitalistenvertretern, Merkantilisten und Deutschgelben mittun wollen. So findet das deutschdemokratische Blatt mit der Betrübtheit des Lohgerbers, dem nicht nur die Felle davon geschliffen sind, sondern auch das Schurzfell, daß die Rede Czechs „niemand freudige Ausblicke“ eröffnen kann. Schmerz, laß nach! Die mutigen Trompeter von Troppau und Gablonz und mit ihnen das deutschdemokratische Hauptorgan hatten so schön zum „Sturme“ geblasen, hatten sogar den berühmten „Schwerpunkt verlegt“, doch die deutschen Sozialdemokraten wollen noch immer nicht auf die Stöße dieser Trompeten hören und verharren mit unannehmlicher Hartnäckigkeit darauf, ihre Taktik selbst zu bestimmen. Das ertrage wer kann!

Wer die Rede Dr. Czechs gelesen hat, der wird über die, sagen wir, Kühnheit erstaunt sein, mit welcher ihr der deutschdemokratische Moniteur einen anderen Sinn zu unterlegen sucht. Das Blatt erzählt, Dr. Czech habe es für notwendig gehalten, zu erklären, die tschechische allnationale Koalition sei, solange sich die nationale Revolution entwickle, berechtigt gewesen; nach der Erreichung der Sicherung der nationalen Dinge sei sie sinnlos. Einige Zeilen vorher hatte das Blatt den logischen Aufbau der Rede Czechs „nicht hervorragend gut“ gefunden; es selber zeigt nun die Schärfe seiner Logik in folgender Folgerung: „Also: die Stibin, Bednhoř usw. hatten recht, als sie bei all den Befehlen halfen, die zu unserer Unterdrückung dienen.“ Prächtig, was! Die „Bohemia“ schiebt also unserem Redner allen Ernstes unter, daß er die tschechische Gewaltpolitik, wer immer an ihr beteiligt war, gutheißt! Vor solcher Logik der „Bohemia“ allerhand Hochachtung! Es würde ein einziger Blick auf den unermüdbaren Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen diese Gewaltpolitik genügen, um die Blüte der „Logik“ des deutschdemokratischen Blattes als plumpe Fälschung zu erkennen, dennoch sei nach der von uns auszugewiesenen wiedergegebenen Rede angeführt, was Abgeordneter Dr. Czech wirklich sagte: „Die allnationale Koalition konnte, solange die nationale Revolution sich entwickelte, berechtigt sein. Wenn wir die Sicherung der nationalen Dinge erreicht sehen, dann aber ist sie sinnlos, ein Hemmschuh der Entwicklung.“ Wer dies im ganzen Zusammenhang und nicht mit bösarigen Augen liest, wird ohne Mühe finden, daß der Redner sich hier auf den Standpunkt der tschechischen Sozialdemokraten stellt, deren Verharren in der Koalition er selbst vom Standpunkte ihrer Ideologie verurteilt. Niemals hat unsere Partei den Zusammenschluß der tschechischen Sozialdemokraten mit ihrem gesamten Bürgertum

Revolution in Griechenland.

Abdankung Konstantins!

London, 27. September (Reuter). Nach Meldungen aus Athen sind in Griechenland ernstliche revolutionäre Unruhen ausgebrochen, besonders in Larissa, Mytilene und Saloniki. Meer und Marine sind daran beteiligt. Der Minister des Innern teilte gestern mit, die Regierung wisse nicht, wie viele Kriegsschiffe sich der Bewegung angeschlossen hätten. Die Sicherheit des Königs ist anscheinend ungefährdet. Die Revolutionäre verlangen seine Abdankung.

Athen, 27. September (Reuter). König Konstantin hat abgedankt.

Generale als Rebellen.

Paris, 27. September. Dem „Intransigeant“ wird bestätigt, daß bei den griechischen Landstreitkräften und bei der Marine in Saloniki gestern eine Aufstandsbeziehung ausgebrochen ist. In Saloniki habe General Kuzie die Garnison veranlaßt, sich den Aufstrebenden von Mytilene und Chios anzuschließen. Die Stadt selbst ist bis jetzt ruhig. In Chios habe General Glatiras die Leitung der Bewegung übernommen. Auch die übrige Flotte scheine gegen die Regierung Partei zu ergreifen. Die Fahrzeuge „Bilpis“ und „Lemos“ sowie neun Torpedobootzerstörer hätten sich bereits den Aufständischen angeschlossen. Bei Kap Sounion sei eine Abteilung von Aufständischen gelandet. General Papulas sei ihnen entgegengeschickt worden, um sie durch Verhandlungen mit den Führern aufzuhalten. In Athen werden sensationelle Nachrichten verbreitet. Es herrscht große Aufregung. Von verschiedenen Punkten Aftens werden Truppenlandungen gemeldet. Schon gestern hat die Abdankung König Konstantins als unvermeidlich gegolten.

Den Griechenkönig Konstantin hat also das zweitemal das Schicksal ereilt und diesmal jedenfalls mit vollem Rechte. Als er am 12. Juni 1917, von der Entente gezwungen, auf die Krone verzichten mußte, konnte er sich in den Mantel des unschuldigen Verfolgten hüllen und sagen, er falle seiner Friedensliebe zum Opfer, weil er, entgegen den Bemühungen des Parteiführers Venizelos, nicht in den Weltkrieg an Seite der Entente eintreten wollte. Natürlich war es nicht Friedensliebe, was ihn damals zu dieser Stellungnahme veranlaßte, sondern er hatte lediglich auf eine falsche Karte gesetzt und sich durch Freundschaft

mit den Mittelmächten die Krone am besten sichern zu können geglaubt. Den Irrtum mußte er mit der Abdankung büßen. Als ihn die Wirren der Nachkriegszeit wieder an Stelle seines Sohnes Alexander zum Throne emportrugen und Venizelos mit seinem Anhang das Land verlassen mußte, schaute Konstantin nach einer Gelegenheit aus, seine Herrschaft durch eine „Ruhmesstat“ zu sichern. Militärische Lorbeeren sollten den verbliebenen Glanz der Krone wieder auffrischen und deshalb stürzte Konstantin „sein“ Volk in die Greuel eines neuen Krieges. Die besiegte, geschwächte Türkei schien ihm eben gut genug, ihr gegenüber billigen Heldentum zu erwerben, und der imperialistische Ausdehnungsdrang der hellenischen Handelsleute zielte nach der gleichen Richtung. Das Abenteuer sollte seinen Unternehmern teuer zu stehen kommen, ein regelloser, aufgelöster Haufe strömte, nach zweijährigem Kampf voll wechselnder Erfolge das dezimierte, von Hunger und dem türkenschweren verfolgte Heer nach Griechenland zurück. Die Welle der Erbitterten, um Gesundheit und Zukunft Betrogenen schwenkt Konstantin, den Urheber ihres Unglücks, hinweg, Revolution tobt im Heere, bei der Flotte, im ganzen unglücklichen Lande. An welchen Wällen sich die Empörung brechen, wie weit sie ihre Kreise ziehen wird, weiß heute niemand zu sagen. Sicher ist wohl nur, daß es mit der Monarchie in Griechenland vorbei ist und daß die Venizelisten wieder heimkehren werden. Ein Streitgegenstand zwischen England und Frankreich ist mit Konstantin auch beseitigt. Die beiden ewig habenden Freunde werden sich über die politische Leiche des griechischen Königs hinweg wieder einmal die Hand reichen und versuchen, die Frage des Nahen Ostens nach ihren imperialistischen Bedürfnissen zu regeln, nicht aber nach den Bedürfnissen derer, die sie zu nächst angeht.

Die zweite Internationale gegen die englische Meerengenpolitik.

London, 27. September (Reuter). Das Bureau der Zweiten Internationale veröffentlicht eine Erklärung, welche u. a. befragt, daß die neuen Feindseligkeiten im Orient ein unverzeihliches Verbrechen sind und daß das englische Kabinett

gutgeheißen und auch Dr. Czech hat dies nicht getan, was schon daraus hervorgeht, daß er hypothetisch sagte, die allnationale Koalition „L o n n t e“ berechtigt sein, ein Wort, das die „Bohemia“, um zu bestimmten Schlüssen kommen zu können, geflissentlich übersteht. Am allerwenigsten berechtigt aber ist das seine Blatt, aus den Worten Dr. Czechs herauszulesen, daß er damit sagte, Stibin und Bednhoř hätten „recht gehabt“, als sie bei der Unterdrückung der Deutschen mithalfen. Die „Bohemia“ wird mit ihrem Artikel für die nationale Einheitsfront. Es ist ein übles Beginnen, mit ordinären Fälschungen und von der Richtigkeit ihrer Anschauungen überzeugen wollen. Die Verlodung, mit solchen politischen Gegnern in eine Einheitsfront zu treten, wird dadurch nicht größer.

Nun soll unser Redner auch „Friedfertigkeit“ gegenüber der neuzubildenden Regierung an den Tag gelegt haben. Warum wohl diese Behauptung? Weil er sagte, daß sich die deutschen Sozialdemokraten auch vor der neuen Regierung nicht fürchten, daß er die Aufregung der Deutschbürgerlichen nicht verstehe, da Maschin doch auch schon früher aus der „Betta“ heraus regiert habe, und daß die neue Regierung ebenso scheitern werde, wie die anderen Regierungen gescheitert sind. Wo da die „Friedfertigkeit“ liegt, das herauszufinden blieb der üppigen Phantasie der „Bohemia“ vorbehalten. Wie „friedfertig“ wir gesinnt sind, hat Dr. Czech in den Worten ausgedrückt:

den größten Teil der Verantwortlichkeit hierfür trage. Es wird die obligatorische Erbitte des Bälterbundes oder eine Friedenskonferenz unter Teilnahme Rußlands, Bulgariens und Deutschlands gefordert. Es wird jeder Versuch verurteilt, daß nur eine Nation die Hüterin der Meerengen sein solle.

„Soll es schärfer zugehen, nun gut. Wenn schon, denn schon.“ Es ist überflüssig, zu sagen, daß unsere Partei auch gegenüber der neuen Regierung in schroffer Opposition verharren wird und daß jeder ihrer Übergriffe uns am Blase finden wird. Freilich, den Vorwurf der „Friedfertigkeit“ haben wir uns eigentlich aus einem anderen Grunde zugezogen: weil wir nicht in das drohende Horn der Steifseinenen von Troppau und Gablonz stoßen wollen und auch nicht bereit sind, seit ihr „Kampfruf“ erschallt ist, ihrem Hakenkreuzerzeichen folgend, ihre verworrenen und verantwortungslosen politischen Ambitionen zu den unseren zu machen. Das eben ist langem der große Schmerz der „Bohemia“, daß wir nicht mit dem ganzen Knuddelmuddel der deutschbürgerlichen Parteien, von denen jede an einem anderen Strange zieht, in eine „nationale Einheitsfront“ eingehen wollen. Darum hält sie uns auch diesmal das Beispiel der tschechischen Sozialdemokraten vor, wobei sie im Eifer an zweierlei vergißt: daß sie selber die Politik und das Verharren der tschechischen Sozialdemokraten in der Koalition verurteilt und daß der Schaden, den die tschechischen Sozialdemokraten durch ihre allnationale Verbrüderung der eigenen Partei wie dem Sozialismus zugefügt haben, für uns nicht gerade verlockend erscheint, ihrem Beispiele zu folgen. Dazu werden uns auch weder die Mißfallensäußerungen noch die Strengefänge der „Bohemia“ bestimmen können.

Die Regierung gegen die Arbeitslosen.

Immer weiter und tiefer frißt die Krise im Wirtschaftskörper des tschechischen Staates und die Wunden, welche dem gesamten Wirtschaftsleben dieser Republik geschlagen werden, drohen einen geradezu unheilbaren Grad zu erreichen. Es gibt keinen Industriezweig mehr, der nicht von der Krisenwelle erfasst und in den alles vernichtenden Strudel des wirtschaftlichen Zusammenbruchs hineingeschleudert worden ist.

Die Situation, in welche die Arbeiterschaft dadurch gerät, wird mit jedem Tage kritischer. Fast stündlich wächst die Zahl der wohl arbeitsbereiten, aber nun zur unfreiwilligen Last verurteilten Hände, die infolge des anscheinend unaufhaltsamen Niederganges unserer Produktion aus ihrer wertschöpfenden Betätigung ausgeschaltet werden. Damit wächst auch die Masse der unverschuldeten ins größte Elend hinabsinkenden Arbeitslosen, und dieses Heer der überflüssig gewordenen Arbeitskräfte rekrutiert sich heute nicht allein nur mehr aus den Reihen der manuellen Arbeiter, sondern es sind auch bereits Tausende aus den Reihen der Angestellten und Intellektuellen brotlos geworden und sehen einer trostlosen Zukunft entgegen.

Und die Regierung? Sie hat einen Aufruf erlassen, worin neben vielen schönen Worten und praktisch wertlosen Ratschlägen auch einige Regierungsmahnahmen angekündigt wurden, die zur Vinderung der Wirkungen der Krise an höchster Stelle zur Durchführung „ins Auge gefaßt“ worden sind. Wir haben uns schon in einem früheren Artikel mit diesem Aufruf beschäftigt; aber aufgezeigt soll immer wieder werden, wie die Versprechungen der Regierung mit ihrem tatsächlichen Verhalten in dieser, — besten Willen, Tatkraft und vollstes Verständnis erheischenden, — katastrophalen Situation im Einklang stehen und in welcher geradezu unglaublich unverantwortlichen Weise die einzelnen Regierungsstellen — und vor allem gerade jene, deren Aufgabe es sein muß, die durch die bankrotte Wirtschaftspolitik der Herrschenden dieses Staates verschuldete, grenzenlose Not der Massen einigermaßen zu lindern — gegen die ihrer Existenzmöglichkeit beraubten vorgehen.

So wurde auf der am 13. und 14. September d. J. in Reichenberg abgehaltenen Unionskonferenz der Union der Textilarbeiter von den Vertretern verschiedener Verbandgebiete über — angeblich im Auftrage des Ministeriums für soziale Fürsorge — durch die Behörden verfügte Maßnahmen berichtet, die einfach unverständlich sind und aufs schärfste verurteilt werden müssen. Wir wollen hier zur Illustration des Vorhergesagten nur einige wenige Beispiele anführen:

Wie bekannt herrscht in der Textilindustrie des Acher Bezirkes die Krise schon seit November v. J. und es kam dort zu bedeutenden

Daß wir es dem deutschdemokratischen Blatte, das mit Rücksicht auf seine nordböhmischen Abnehmer die Politik der Hakenkreuzler zu der seinen macht, nun einmal nicht recht machen, damit müssen wir uns schon abfinden. Wir wollen die Betrübtheit darüber mit Fassung und Würde tragen. Es wird uns dies umso eher gelingen, als wir sehen, daß uns von der anderen Seite die gerade umgekehrten Vorwürfe zugebracht werden. Während die radikal tuende „Bohemia“ die Rede Dr. Czechs als „friedfertig“ befindet, erregt sich ihr nationaler Gegenfüßler, die „Narodni Politika“ darüber, daß Dr. Czech „wie der leidenschaftlichste Deutschnationaler“ gesprochen habe, der „kein Hehl aus seinem Haß zur Tschechoslowakei und seiner Sehnsucht für die Rückkehr der Reaktion und für die Erneuerung der hohenzollerischen Herrschaft über ganz Mitteleuropa“ mache. Selbstverständlich unterläßt es das Blatt auch diesmal nicht, festzustellen, daß die deutschen Sozialdemokraten „hauptächlich und vor allem“ deutsch, oder richtiger alldeutsch gesinnt sind. Mit stiller Heiterkeit legen wir dieses Dokument nationalstiftlicher Verborttheit zu den übrigen, wo sich auch die Dokumente der „Bohemia“ und anderer unserer Freunde befinden. Wir aber gehen unseren Weg weiter. Die mutigen nationalstiftlichen Trompeter mögen sich indessen die Kehle heißer blasen.

Betriebsreduktionen. Um Arbeiterentlassungen hinauszufalten, wurden über: Einschränkung der Union in den Betrieben die Arbeiter partienweise berant beschäftigt, daß doch noch im Durchschnitt pro Arbeiter und Woche eine 17stündige Arbeitszeit herauskam; für die fehlenden Arbeitsstunden per Woche erhielten die Arbeiter die staatliche Arbeitslosenunterstützung durch die Betriebe ausgezahlt. Wenn die betroffene Arbeiterschaft bei dieser Art der Regelung gewiß auch noch zur Genüge mit Not und Entbehrungen zu kämpfen hatte, so war ihr Los doch immerhin noch nicht völlig verzweifelt.

Da kam plötzlich ein Erlass des Ministeriums für soziale Fürsorge an die dortige politische Bezirksverwaltung, worin dieser aufgetragen wurde, zu veranlassen, daß das schichtweise Arbeiten einzustellen ist, da für diese Arbeiter die Arbeitslosenunterstützung nicht mehr bezahlt wird; die Arbeiter müssen restlos entlassen werden, wenn sie Unterstützung haben wollen.

Man weiß wirklich nicht, wie man ein solches, jeder sozialen Fürsorgelustig hochsprühendes Vorgehen der in Betracht kommenden Regierungsstelle bezeichnen soll. Hier werden die Unternehmer von „amtlwegen“ direkt zur Entlassung ihrer Arbeiterschaft verpflichtet, die Arbeiter durch eine solche Verfügung ihrer Arbeitsplätze beraubt und vollständiger Unsicherheit in bezug auf die Wiedereinstellung bei Wiederaufnahme der Produktion überliefert. Durch diese Maßnahme der Entlassungen werden die ohnehin mit bitterster Not kämpfenden Arbeitslosen auch noch um ihre Existenzmöglichkeit für die Zukunft in schwerster Besorgnis versetzt. Aber nicht nur das: infolge der Entlassungen erleiden die Arbeiter auch den Verlust ihrer Krankenversicherung und aller damit zusammenhängenden Rechte langjähriger Mitgliedschaft in den Krankenkassen, und schließlich, was für die Arbeiter ebenso nachteilig und für ihr zukünftiges Arbeitsverhältnis von Bedeutung ist, auch den Verlust aller mit den Unternehmern vertraglich vereinbarten Verbesserungen im Arbeitsverhältnis, wie Urlaube und dergleichen.

Daß das Unternehmertum andertwärts diese Verfügung des Ministeriums für soziale Fürsorge ausüben wird, um die seinerseits aus verschiedenen, — keineswegs aber arbeiterfreundlichen — Gründen ins Auge gefaßten Massenentlassungen unter Hinweis auf eben diese Verfügung ins Werk zu setzen, ist klar, und die Wirkung dieses ministeriellen, alles andere als sozial und fürsorglich zu nennenden Erlasses kommt in dem heute an der Tagesordnung stehenden Massenentlassungen ja auch in erschreckendem Maße zum Ausdruck.

Dieses, jeder sozialen Fürsorge hochsprühende Vorgehen wird aber überboten durch einen noch verständlicheren und geradezu aufreizenden Fall, der ebenfalls aus dem obbezeichneten Bezirk berichtet wurde. Nach diesem Bericht erschien bei der dortigen Auszahlungsstelle für die staatliche Arbeitslosenunterstützung ein Beamter aus Prag, welcher kurzerhand allen noch nicht 20jährigen, in der Arbeitslosenunterstützung stehenden Arbeitern die Bögen wegnahm, wodurch die Betroffenen einfach aus der Unterstützungskasse hinausgeworfen erschienen. Von diesen jungen Leute — und in vielen Fällen auch deren Angehörige, für welche sie sorgen — nunmehr leben sollen, wohin sie sich wenden sollen, um sich die Mittel zur Existenz zu verschaffen; ob sie aus Not zu Dieben werden, das kümmert die Herren in Prag nicht im geringsten und verurteilt ihnen absolut keine Bedenken.

Nicht besser geht es den alten Arbeitern und denen, welche bereits durch neun Monate die Unterstützung bezogen haben. Sie alle werden, — und das in allen Bezirken, — ohne weiteres aus der Fürsorgeaktion hinausgeworfen, ohne danach zu fragen, wie diese Unglücklichen nun ihr Leben fristen werden. Und alle diese Maßnahmen erfolgen in demselben Zeitpunkt, in welchem die Regierung in einem Aufruf an die „Bürger“ dieser Republik — zu denen sie doch wohl auch die Arbeiter zählen dürfte — verkündet, daß sie nach Kräften bemüht sein wird, das ihrige zur Beseitigung der schweren Krise und ihrer Folgen beizutragen.

Diese oben geschilderten Handlungen sind wohl zur Genüge beweiskräftig dafür, von welcher Hohlheit die schönen Worte in dieser Regierungserklärung sind und welche Unaufrichtigkeit in den gemachten Zusicherungen liegt. Aus dieser Handlungsweise des Fürsorgeministeriums, dessen Folgen für die Herren in Prag unter Umständen noch sehr unangenehm werden können, ergibt sich der schlußliche Beweis, daß zwischen den Worten und Handlungen der tschechoslowakischen Regierung, wie immer so auch in dieser äußerst kritischen Situation, ein großer Unterschied besteht, und daß man am Regierungstisch für die Ungeheuerlichkeit der wirtschaftlichen Not, in die uns die Herren mit ihren Regierungskünsten hineingetrieben haben, auch heute noch immer kein Verständnis aufbringt. Diese Tatsache läßt uns wenig Hoffnung auf eine baldige Beseitigung der gegenwärtig herrschenden, katastrophalen Zustände und auf eine baldige Einsicht und Umkehr der Herrschenden; es sei denn, daß sie von dem Aufgebot der verzweifelnden Massen dazu gezwungen oder von dem Schauspiel ihrer Unheil stiftenden Tätigkeit weggejagt werden. Einmal kommt der Zeitpunkt, wo sich ihre Unaufrichtigkeit und Spiegelschereit an ihnen selbst rächen wird.

Rußland fordert eine Orientkonferenz.

Moskau, 26. September. (Tsch. B. B.) Der stellvertretende Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Karahan, hat an die englische Regierung in der Orientfrage eine neue Note gerichtet, in der es u. a. heißt: Die Lage hat sich so drohend zuspitzt, daß nur noch eine sofortige friedliche Intervention die Ereignisse zu beschwören und den Südosten Europas vor neuem Blutvergießen zu bewahren vermag. Die russische Regierung kann eine Lösung der Fragen des Nahen Ostens lediglich in der Anerkennung der türkischen Forderungen erblicken wie unantastbare Souveränität der Türkei über die türkischen Gebiete und hauptsächlich über die Hauptstadt Konstantinopel und über die Meerengen.

Der russisch-türkische Vertrag vom 16. März 1920 enthält in seinem V. Artikel Bestimmungen über die Freiheit der Meerengen für alle Schiffe und setzt fest, daß das internationale Statut von den Mächten des Schwarzen Meeres gemeinschaftlich beschlossen werden müsse. Die offiziellen Auslassungen der Westmächte, die sich mit dem Problem der Meerengen befassen, erkennen als interessiert an dieser Frage nur die im Weltkrieg siegreich gebliebenen Großmächte an und leugnen die berechtigten Interessen Russlands. Die Türkei werde lediglich als Verhandlungsgegenstand behandelt. Die russische Regierung muß in entschiedenster

Form gegen diese Beseitigung der eigentlichen Rechte Russlands und seiner verbündeten Republiken durch die Westmächte Einspruch erheben. Rußland mit seinen Verbündeten, der Ukraine und Georgien, ist nach der Türkei an erster Stelle an der Freiheit der Meerengen interessiert. Die Sowjetregierung wiederholt ihre früheren Erklärungen, wonach Rußland keinerlei Entscheidung annehmen und anerkennen kann, die ohne seine Mitbestimmung und gegen seine berechtigten Interessen gefaßt werden würden. Großbritannien schickt bewaffnete Armeen in den Nahen Orient und versucht in diesem Krieg gegen die Türkei Frankreich, Italien, Jugoslawien und Rumänien mit hineinzuziehen. Die Verteidigung der neutralen Zone muß als eine Verletzung der türkischen Souveränität auf dem ihr unbestreitbar unterstehenden Gebiete betrachtet werden. Vereinzelt Anstrengungen einiger Staaten, durch Abkommen einen Ausweg aus der Krise des Nahen Ostens zu finden, können die drohende Gefahr eines neuen Krieges nicht abwenden. Rußland schlägt daher unter Betonung seiner besonderen Lage im Orient und am Schwarzen Meer im Namen der interessierten Völker zur friedlichen Lösung des Konfliktes die sofortige Einberufung einer Konferenz aller interessierter Staaten und hauptsächlich aller Nachbarstaaten des Schwarzen Meeres vor.

Inland.

Das Parlament wird, wie der „Becker“ meldet, gemäß den gegenwärtigen Dispositionen, bereits an der ersten Hälfte des Monats Oktober in den Tagen zwischen dem 10. und 15. d. M. eröffnet werden. Ungefähr die ersten drei Sitzungen werden von politischen Debatten erfüllt sein, dann soll zur eigentlichen Arbeit übergegangen werden. Unter den an die Abgeordneten versandten Druckforten sind auch fünf Regierungsvorlagen abgegangen, darunter eine Gesetzesvorlage, durch welche teilweise die Bestimmungen des § 94 des Gesetzes vom 25. Oktober 1896 über die direkten Personalsteuern abgeändert werden sollen. Durch die Vorlage soll den Produktionsunternehmungen, die durch allzuhohe Steuerfüße (10 Prozent) nach dem zweiten Teile des Gesetzes über die Personalsteuern belastet sind, eine bedeutende Erleichterung gewährt und auf diese Weise den Wünschen entgegengekommen werden, die seit längerer Zeit bereits von einer Reihe von Industrieunternehmungen geäußert wurden. Nach dem ersten Artikel der Novelle sollen die Zinsen von Schulden, die den Produktionsunternehmungen in den Geschäftsjahren 1922 und 1923 auf Grund von Hypotheken, Prioritätsobligationen oder anderen Schuldverschreibungen erwachsen, bei der dem zweiten Hauptteil des Gesetzes über die Personalsteuern erfolgenden Bemessung der Erwerbsteuer nur zu einem Fünftel in die Steuergrundlage einbezogen werden, insofern diese Schulden nicht größer sind, als das im Unternehmen stehende Kapital. Dieser Vorteil wird auf fünfundsiebzig Jahre gewährt werden, beginnend mit dem Steuerjahre, welches unmittelbar dem Geschäftsjahre folgt, in dem die Anleihe aufgenommen wurde. Die erwähnte Erleichterung wird ferner in Fällen nicht gewährt werden, in denen sich die Anleihe nur als direkte oder indirekte Konversion von Schulden ergibt, die vor den Geschäftsjahren 1922 und 1923 abgeschlossen wurden. Für Produktionsunternehmungen der selbstverwaltenden Verbände gilt diese Erleichterung ohne Rücksicht auf das Verhältnis, in welchem ausländisches und Stammkapital zu einander stehen. Für die erwähnte Erleichterung wird es kein Hindernis sein, wenn das Unternehmen neben der Produktion sich auch u. a. mit dem Handel mit fremden Erzeugnissen befaßt, vorausgesetzt, daß dieser Handel nur von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung ist. — Ferner befindet sich unter den Vorlagen der tschechoslowakisch-österreichische Vertrag über die Freierwerblichkeit der zurückgehaltenen Depositionen, der vorläufige Handelsvertrag mit Sowjetrußland, der Vertrag mit der Sowjetukraine und schließlich die Protokolle über die Aenderungen der Uebereinkunft betreffend den Genfer Völkerbund. Im Vertrage mit Sowjetrußland verpflichten sich u. a. beide Teile dazu, alle offiziellen Verbindungen mit Organen oder Personen aufzugeben, deren Zweck ein Kampf gegen die Regierung des anderen Landes ist, ferner steht darin, daß beide Vertragsparteien sich wechselseitig jeder Propaganda gegen die Regierung enthalten werden etc. — Es ist interessant, daß ein dem Abgeordneten Wehla nachstehendes Organ die Defizienten vor die Tatsache der Parlamentsöffnung und der regelrechten Parlamentsarbeit stellt, während speziell die tschechische sozialdemokratische Presse vor noch nicht überwundenen Schwierigkeiten einer parlamentarischen Regierung überhaupt spricht.

Agarische Praktiken. Herr Stanel hat wieder einmal einen „Was“ erlassen. Laut diesem ist es verboten, jugoslawisches Vieh in die tschechoslowakische Republik einzuführen, da angeblich „in mehreren Städten“ Böhmens, Mährens und der Slowakei Maul- und Klauenseuche dadurch verschleppt wurde. Es ist seltsam, daß gerade das Vieh, welches aus dem Auslande in den Zeiten importiert werden soll, in welchen die Agrarier unerschwingliche Preise für das heimische Vieh fordern, von Maul- und Klauenseuche befallen wird. Diese Praktiken des Landwirtschaftsministeriums kenn-

man schon aus der österreichischen Zeit her. In welcher niederträchtigen Weise die Agrarier aber in letzter Zeit wirtschaften, dokumentiert ein Flugblatt, welches dieser Tage als Epistel an die Landbevölkerung versendet wurde. Darin wird erklärt, daß sich die Landbevölkerung dagegen wehren müsse, daß die Agrarzölle aufgehoben sollen. Der Kampf dagegen möge damit eröffnet werden, daß die Landbevölkerung keinerlei Waren und Industrieerzeugnisse überhaupt einlaufen dürfe. Es müsse dazu kommen, daß die Städte in kurzem die Erhaltung ihrer Kräfte infolge dieses Verhaltens der Landbevölkerung verspüren, damit sie zur Ueberzeugung kommen, daß ohne Bauerntum kein Handel und keine Industrie möglich ist. Die Landbevölkerung wird verpflichtet, sich an den Beschluß der Vertreter aller Landorganisationen strikt zu halten. Weitere genaue Winke sollen folgen. Unterschriften ist dieser ganze Aufruf von der Kreisorganisation der tschechischen agrarischen Partei der kleinen Landwirte in Deutschbrod. Das „Bravo Lidu“ bemerkt dazu: „So sieht die Liebe der Agrarier zur Republik aus. Die Bauern beabsichtigen, einen rohen Kampf zwischen Stadt und Land zu erregen. Aber sie sollen nicht daran vergessen, daß sich der Spieß wenden kann. Der Bohott ist eine sehr gefährliche Waffe — für beide Parteien.“

Differenzen in der slowakischen Volkspartei. Abg. Dr. Gazit, der mit dem Abg. Buday den nationalen Flügel der slowakischen Volkspartei bildet, verzichtet, wie die „Nar. Dem.“ meldet, infolge der gegenwärtigen Verhältnisse in der Partei auf sein Mandat und wird aus der slowakischen Volkspartei austreten.

Abgeordneter Nagh verliert sein Mandat? Der Oberste Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerden des ungarisch-deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten Julius Nagh gegen die Entscheidung des Ministers für die Slowakei abgewiesen. Infolgedessen wird, wie das Abendblatt des „Geste Slovo“ meldet, Abg. Nagh nach der Entscheidung des Wahlgerichtes, das über den Fall am 14. Oktober beraten wird, seines Mandates für verlustig erklärt werden.

Telegramme.

Internationaler demokratischer Kongreß.

Wien, 26. September. (A. B.) Heute abends wurde der zweite internationale demokratische Kongreß, der bis zum 2. Oktober in Wien tagen wird, durch den Präsidenten, den französischen Abgeordneten Marc Sangnier, eröffnet. Im Präsidium saßen für Österreich Präsident W e i s s l i c h n e r, für Deutschland der Abgeordnete Heile, für England Sir W. Dickinson, für Ungarn Gieswein und der Generalsekretär des Kongresses George Hoog. Es waren mehr als 20 Staaten, darunter die Tschechoslowakei, mit ungefähr 300 Delegierten vertreten. Marc Sangnier bezeichnete als Aufgabe des Kongresses, die Verständigung und Zusammenarbeit der Völker. Redlich als Vizepräsident der österreichischen Völkerverbände wies auf die unglückliche Lage Österreichs und Wiens als Schulbeispiel für das gegenwärtige europäische Problem hin. Der Abgeordnete Heile betonte den Friedenswillen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes und trat für den Zusammenschluß der Völker Europas ein. Nach ihm sprachen Dickinson und Gieswein.

Einverständnis der Reparationskommission mit dem deutsch-belgischen Vertrag.

Paris, 26. September. (Havas.) Die Reparationskommission beschloß in der heutigen Sitzung: 1. der Kriegskostenkommission den Empfang der Schatzwechsel zu bestätigen; 2. die Schatzwechsel der belgischen Regierung zu übermitteln; 3. Belgien mit dem Nominalbetrage per 15. August und 15. September zu belasten und Deutschland dafür zu erkennen. Der belgische Be-

vollmächtigte benachrichtigte den Ausschuß, daß seine Regierung sich die Zahlung der Zinsen für sechs Monate für jeden Wechsel gesichert habe.

Der Angriff gegen die österreichischen Metallarbeiter.

Wien, 27. September. Gestern nachmittags und abends fand in Wien eine Konferenz der Betriebsräteobmänner der Wiener Metallindustrie statt. Nach einem Berichte über die bisherigen Verhandlungen wurde dem Verhandlungsausschuß das vollste Vertrauen ausgesprochen und dieses mit der Weiterführung der Angelegenheit betraut. In einer Resolution wird erklärt, daß auf die als provokatorisch bezeichnete Antwort der Unternehmer nur mit der Anwendung der äußersten gewerkschaftlichen Kampfmittel zu antworten sei. Angesichts des Umstandes aber, daß an dem Kampfe der Metallarbeiter auch andere Gewerkschaften beteiligt seien, wolle man auch im letzten Augenblicke noch die Möglichkeit einer friedlichen Lösung, die sich bieten sollte, gewissenhaft prüfen.

Die Gewerkschaftskommission tag gestern abends in einer außerordentlichen Sitzung die gegenwärtigen Lohnkonflikte, insbesondere den Konflikt der Metallarbeiter, in Beratung. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die Gewerkschaftskommission beschließt in ihrer außerordentlichen Sitzung, die Lohnkämpfe der Metallarbeiter, der Arbeiterschaft der chemischen Industrie, der Textilarbeiterschaft, der Bank- und Industrieangestellten mit Rücksicht auf ihre große Bedeutung für die gesamten Arbeiter und Angestellten mit allen verfügbaren Kräften zu unterstützen. 2. Den Organisationen der genannten Berufe wird dringend empfohlen, vor einer Einstellung der Arbeit das Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission herbeizuführen. 3. Die Gewerkschaftskommission wird der Vorstandskonferenz einen Aktionsplan zur Beschlussfassung vorlegen und sich Vollmacht erteilen lassen, um nötigenfalls Verschärfungen des Kampfes im Einverständnis mit den zuständigen Organisationen zur Durchführung zu bringen.

Beginn der Verhandlungen.

Wien, 27. September. (Eigenbericht.) Mit Rücksicht auf den gestrigen Beschluß der Gewerkschaftskommission wurde von den Unternehmern zugesagt, daß morgen die Verhandlungen mit den Vertretern der Metallarbeiter beginnen werden.

Ein deutsch-französischer Industrietrakt.

Berlin, 27. September (Eigenbericht.) Das Abkommen, das Hugo Stinnes mit dem französischen Marquis Lubersac abgeschlossen hat, scheint nur der Anfang zu einer großen deutsch-französischen Industrievertristung zu bilden. Es wird mitgeteilt, daß jetzt zwischen Hugo Stinnes und dem französischen Großindustriellen Jules Bernard eine Verständigung vereinbart worden sei, an der sich eine Anzahl anderer deutscher und französischer Schwerindustrieller noch beteiligen sollen. Die Abmachungen lauten ungefähr: Die deutsche Schwerindustrie soll in der Hauptsache Koks liefern, wegen der Lothringer Silikonindustrie Eisen und Stahlhalbfabrikate an die Werke des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zu Vorzugsbedingungen abgeben wollen. Die deutsche Industrie soll außerdem eine Kapitalbeteiligung von einem Viertel an den großen lothringischen Hüttenwerken eingeräumt werden. Die Abmachungen sollen aber auch den eigentlichen Produktionsprozess betreffen. Die französische Schwerindustrie verlangt, daß der Bau von deutschen Hütten und Hochöfen, die als Ersatz für die verloren gegangenen gleichartigen Betriebe in Lothringen jetzt im Rheinlande errichtet werden sollen, einzustellen ist. Der deutschen und französischen Arbeiterschaft droht durch eine so weitgehende Vertristung der wichtigsten Rohmaterialien große Gefahr. Die Arbeiterklasse muß jetzt alles aufbieten um dieser Front des Großkapitals ihre eigene geschlossene Front gegenüberzustellen.

Berschmelzung der deutschen Parteiblätter.

Berlin 27. September (Eigenbericht.) Die Einigung der beiden sozialistischen Parteien macht sich auch im örtlichen Parteileben bemerkbar. Vom 1. Oktober an wird in Berlin nur noch ein sozialistisches Blatt erscheinen nämlich der „Vorwärts“, während die „Freiheit“ ihr Erscheinen einstellt. Im ganzen Reich werden vierzehn bisher unabhängige Blätter weiter bestehen bleiben, während die übrigen zu Gunsten der bisherigen sozialistischen Blätter eingehen.

Eine Parteigründung Ledeburs.

Berlin, 27. September. (Wolff.) Georg Ledebur und seine Anhänger teilen in einem Flugblatt mit, daß sie eine Partei konstituiert haben, um die UEBD. aufrechtzuerhalten. Vorsitzende der Partei sind Ledebur u. Theodor Liebnicht. Ledebur kündigt ferner für den Anfang Oktober das Erscheinen einer Wochenzeitung an, die sich „Klassenkampf“ nennt und deren Chefredakteur er ist.

Der Kredit an Oesterreich.

Genf, 27. September. (Tsch. B. B.) In der heutigen Sitzung des österreichischen Komitees stellte Vorsitzender Balfour hinsichtlich der finanziellen Garantien folgendes fest: Die tschechoslowakische, die französische und

die englische Regierung haben sich bereit erklärt, je 20 Prozent der Oesterreich zu gewährenden Anleihe zu übernehmen.

Der vom juristischen Komitee vorgelegte Entwurf des politischen Garantievertrages wurde genehmigt. Darin verpflichten sich die unterzeichnenden Mächte, die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Souveränität Oesterreichs zu wahren.

Tages-Neuigkeiten.

Das Begräbnis des Genossen Hermann Stolz. Montag nachmittags fand im Krematorium des Wolschaner Friedhofes die Verbrennung der Leiche des verstorbenen Genossen Hermann Stolz statt.

Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper. Am 30. September und 1. Oktober 1922 findet in Gablonz a. N. die diesjährige ordentliche Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper statt.

Die Fahrpreise der Prager Straßenbahn sollten dennoch erhöht werden. Entgegen dem einmütigen Proteste, der sich gegen die beabsichtigte Erhöhung der Prager Straßenbahntarife erhob, erwog die Verwaltungskommission der Straßenbahn dennoch eine Erhöhung und brachte am vorgestrigen Tage in einer außerordentlichen Sitzung den Antrag ein, bei der Straßenbahn einen Jontentarif einzuführen; und zwar sollte die Fahrt innerhalb drei Zonen eine Krone kosten, die weitere Fahrt 1.50 Kronen.

Ein gefährlicher Film. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ raubte aus einem Leipziger Kino eine fünfzehntöpfige Bande mit vorgehaltenen Revolvern vier Akte des Filmwerkes „Der Todesreigen“, in dem die Notlage Rußlands unter der Herrschaft der Sowjetregierung dargestellt wird.

Er mordung zweier Bergleute. Am Freitag nachmittags wurden nach der Auszahlung acht Bergarbeiter beim Gabrielenschacht in Karwin auf dem Wege nach Zuckau von bewaffneten Räubern überfallen.

Ablehnung des Diktats der Ostrauer Grubenbarone.

Die am 27. September 1922 in Prag tagende Sitzung der koalitierten Bergarbeiterverbände empfiehlt den Ostrauer Bergarbeitern, das Diktat der Ostrauer Grubenbesitzer ohne Rücksicht der daraus entstehenden Folgen abzulehnen.

Die Ostrauer Bergarbeiterverbände stehen weiter auf dem Boden der Prager Vereinbarung von 10. Februar 1922 u. erklären demzufolge, daß die Regulierung der Löhne in allen Krievieren nur gemäß der Bestimmungen der Prager Vereinbarung erfolgen kann.

In der Frage der Arbeitszeit erklären die Verbände, daß sie entsprechend der am 21. September beim Ministerium für öffentliche Arbeiten abgegebenen Erklärung der Ostrauer Bergarbeitervertreter die Zugeständnisse, welche die

Ostrauer Bergarbeitervertreter in ihrer Zuschrift vom 15. September gemacht haben, zurückziehen.

Die Bergarbeiterverbände bezw. ihre Vertreter haben durch ihre Vorschläge die Bereitwilligkeit der Bergarbeiter zum Ausdruck gebracht, zum Zwecke der Sanierung der Kohlenkrise Opfer zu bringen. Die Grubenbesitzer, besonders jene von Ostrau, aber lehnen jede Diskussion ab, die von ihrem Diktat abweicht.

Sollten die Ostrauer Bergarbeiter, in Befolgung des Beschlusses der koalitierten Verbände bei Ablehnung des Unternehmensdiktats zur Arbeitsniederlegung gezwungen sein, wird von den koalitierten Bergarbeiterverbänden unverzüglich eine Bergarbeiter-Reichskonferenz einberufen, und ihr die weitere Beschlussfassung übertragen.

Wirtschaftskrise und Teuerung.

Verarbeitereinstellungen in Ostrau.

Mähr.-Ostrau, 27. September. (Tsch. B.) Die „Ostrauer Zeitung“ meldet: Die Entlassungen von Bergarbeitern dauern fort, jedoch nicht in solchem Maße, wie erwartet wurde. Die Kündigungen erfolgen 14tägig und allmählich. Bisher wurden 1500 Arbeiter entlassen. 8000-10.000 Arbeiter werden gekündigt werden. Für die Entlassung wurden zwei Richtigkeitslinien und zwar vom Revierbergamt und von der Direktorenkonferenz herausgegeben.

Katastrophale Lage im Gebiet von Neutitschein.

Aus Neutitschein wird uns geschrieben: In Neutitschein und der Umgebung wütet die Krise wie kaum in einem anderen Orte der Republik. Täglich werden Betriebseinstellungen gemeldet, und es sind nach einer Schätzung heute kaum mehr 25 Prozent der Arbeiter beschäftigt.

Einen furchtbaren Selbstmord beging am Montag der auf dem Alexanderschanz der Ferdinands-Nordbahn in Klein-Runtzschitz beschäftigte gewesene Schlosser Jaroslav Damael.

Ueberfälle. Vorgestern abends wurde in der Koboucnicka in Prag der Fleischerehilfe Josef Smolika aus Prag VII mit einer Stichwunde aufgefunden. Er war kurz vorher von zwei Unbekannten überfallen worden.

Ueberfall auf einen jugoslawischen Personenzug. Nach einem dem jugoslawischen Ministerium des Innern zugegangenen amtlichen Berichte überfiel eine Bande des Räubers Kaspopovic auf der Strecke zwischen Bor und Birpar einen Personenzug, tötete sechs Soldaten und einen Gendarm und beraubte die Passagiere. Hierauf entflohen die Bande ins Gebirge. Die Verfolgung der Räuber wurde eingeleitet.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Angriff der Agrarier auf die achtstündige Arbeitszeit. Der gestrige „Venkov“ schreibt folgendes: „Die achtstündige Arbeitszeit ist etappenweise in Frankreich beseitigt, machte eine schwere Krise in Jugoslawien durch und existiert größtenteils nurmehr dem Namen nach in Deutschland.

Es arbeiten nur noch die drei Hutfabriken mit beschränkter Arbeitszeit und Arbeiterzahl und die Tabakfabrik.

In der Umgebung sieht es nicht besser aus. In Freiberg stehen mit Ausnahme eines Betriebes alle Fabriken still. In Krassna und einige Fabriken in Frankstadt a. N. In Jemel finden Entlassungen statt und es ist den dortigen Arbeitern, so wie anderswo der Tarif gekündigt worden.

Massenkundgebung in Aufig.

Freitag, den 29. September, nachmittags fünf Uhr, findet auf dem Marktplatz in Aufig eine große Massenkundgebung der Arbeiterschaft von Aufig und Umgebung statt. Die politische Bezirksverwaltung hat bisher noch keinen Schritt unternommen trotz wiederholter Vorstellungen, um die Lohnreduktionen hinauszuhalten.

lächlichste Weg zu diesem Ziele offenbart sich durch Aufhebung der achtstündigen Arbeitszeit. Aber bei uns gibt es bis jetzt keine Gründe, diesen problematischen (!) Vorteil der Industrie- und Arbeiterbewegung aufzugeben.

Kurze der Wäuten.

Die tschechische Krone notiert in: Zürich Schw. Frank 0'16.75 Berlin Mark 46.75 Wien Herr. Kr. 2900.-

Prager Kurse.

Table with 3 columns: Amount, Gold, and Ware. Rows include 100 holl. Gulden, 100 Mar., 100 schwed. Frank, etc.

Züricher Schlusskurse (Devisen).

Table with 3 columns: City, Rate, and City. Rows include Berlin 0'33.50, Wien 2'87.-, London 28.68, etc.

Turnen und Sport.

Der Arbeiterfußball in Deutschland.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hat die Fußballvereine planmäßig organisiert; ihm gehören etwa 70.000 Fußballspieler an. Bundesorgan ist die illustrierte „Freie Sportwoche“. Bund und Kreise haben ihre Spielausschüsse und tragen Serienspiele aus.

Fußball. Heute spielt um 4 Uhr am Stadion Kapod-Wien gegen die Slavia.

Kunst und Wissen.

„Gabriel Schillings Flucht.“

Drama von Gerhart Hauptmann. (Neues deutsches Theater in Prag, 26. September.)

Ein armes, gehetztes Tier, das einen Augenblick lang keuchend aufatmen darf, um dann doppelt erbarmungslos in den Tod gejagt zu werden, so stellt sich des Malers Gabriel Schilling verpfushtes Dasein und letzter, schwerster Tag dar.

Wenn Schilling glaubt, der ihnen, die er wie unlösliche Ketten an seinen Füßen mitschleppen muß, in ein friedvolles Asyl flüchten zu können, so irrt er blutig. Wohl nehmen sich auf der stillen, idyllischen Insel...

ja, an Maurer tritt sogar in der Gestalt einer jungen Russin, der Begleiterin Hannas, die Versuchung heran, nur daß sein Blut, stark wie es ist, den falschen Einschlag bald wieder ausschleidet.

Das „weite Land“ der Seelen, in dem sich Hauptmanns Drama abspielt, verlangt hingebende und auf die feinsten Züge achtende Darsteller. So weit rasches Studium dieser Forderung gerecht werden kann, stellen die Prager Künstler, von Robin Roberts trefflich geleitet, durchaus ihren Mann.

Das „weite Land“ der Seelen, in dem sich Hauptmanns Drama abspielt, verlangt hingebende und auf die feinsten Züge achtende Darsteller. So weit rasches Studium dieser Forderung gerecht werden kann, stellen die Prager Künstler, von Robin Roberts trefflich geleitet, durchaus ihren Mann.

Arbeitervorstellung des „Vereines deutscher Arbeiter“ in Prag: Vobengarin. Neues Theater, Sonntag, den 8. Oktober. Kartenvorverkauf bei Ge-nossen Deutsch, Kleiner Vojar, Graben 25.

Neues Theater. Heute, Donnerstag, den 28.: „Madame Sans Gene“; Freitag, den 29.: „Figaros Hochzeit“; Samstag, den 30.: nachmittags Urania-Vorstellung „Der fliegende Holländer“, abends Premiere „Mit“ (mit Käthe Dorsch); Sonntag, den 1. Ok-tober: nachmittags „Die Frau im Hermelin“, abends „Die Bajadere“; Montag, den 2. Oktober: Gastspiel Volkoff-Schubert: „Ethelo“.

Kleine Bühne. Freitag, den 29.: „Flamme“ (mit Käthe Dorsch); Samstag, den 30.: und Sonntag, den 1. Oktober: „Haben Sie nichts zu verzeihen?“; Sonntag nachmittags: „Candida“.

Urania.

Erste „Urania“-Klassikervorstellung „Neues Deut-sches Theater“, Samstag, den 30. September, halb 3 Uhr „Der fliegende Holländer“, Oper von Richard Wagner. Karten: Logen 30-60 K, Sit-plätze 4-15 K. „Urania-Kassette, Nikolander-Realschule.

„Urania“-Eröffnungsveranstaltung. Heute halb 4 Uhr „Für unsere Kinder“, Märchenlicht-bild-Erzählungen mit kolorierten Bildern. Hansi Gernot-Wagner (Wag). Erwachsene 3,50, Kinder 2,50 K. - 8 Uhr abends: „Die Jahre der Zeiten in der Kunst“ mit 50 Lichtbildern, Liedern, Regi-rationen. Mitwirkende: Dr. Fritz Gernot, Direk-tor der Grayer „Urania“, und Grayer Künstler. Am-klavier: Dr. Th. Seidl. Karten 4-10 K. Mit-glieder Ermäßigung.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag Graben 25, III. Bazar.

Jugendbewegung.

Kreisversammlung Troppan. Die Kreisorganisation Troppan des Sozialistischen Jugendverbandes be-ruft die ordentliche Kreisversammlung für Sonntag, den 29. Oktober 1922, punkt 9 Uhr vor-mittags nach Troppan, Arbeiterheim, Stendorfer-gasse 10, ein. Tagesordnung: Bericht; Bildungs-arbeit; Hedner Genosse Paul aus Teplitz; Neu-wahl der Kreisleitung und freie Anträge.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

In das fünftünrige Prager Publikum!

Die Direktion tritt wiederum an das Prager kunst-sinnige Publikum mit der Bitte heran, sich so zahlreich als möglich an dem neuen Abonnement für die Spielzeit 1922-23 zu beteiligen. Diese Bitte ergibt diesmal viel dringlicher, als je zuvor. Das Prager Theater ist ein Institut, das längere Zeit einen Existenzkampf an zwei Fronten zu führen gezwungen war. Die Wegnahme des Landes-theaters ist und bleibt ein unermessbarer künst-lerischer und wirtschaftlicher Schaden, der auch schließlich durch die bewilligte jährliche Subvention bei weitem nicht ausgeglichen erscheint. Alle Schwierigkeiten in der Her-stellung des Spielplanes sind die traurigen Folgen davon, daß uns die zweite große Bühne entzogen wurde, auf der wir auch die größten musikalischen Werke glatt zu Ende probieren konnten. Es war oft ein Wunder, einen abwechslungsreichen Spielplan auf der einen Bühne durchzuführen, rasch zu arbeiten und dabei doch künstle-rische Leistungen zu bieten.

Fallen wir nun auf der einen Seite langwierige politische Verhandlungen zu führen, deren schließliche Ergebnis sich demagen in die Länge zog, daß die Direktion durch mehr als einhalb Jahren förmlich von der Hand in den Mund lebte, so standen auf der anderen Front die Angehörigen des Theaters, welche in diesen schweren wirtschaftlichen Zeiten begreiflicherweise auf eine den Zeitumständen entsprechende Bezahlung Anspruch erhoben. Der Künstler, der Musiker, der Chor-sänger und der Bühnenarbeiter haben ja unter den trübsüchtigen Verhältnissen der Kriegs- und der ersten Nach-kriegszeit besonders schwer gelitten und es war ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, ihnen bessere Lebens-beingungen zu schaffen. Die Direktion mühte darum den Angestellten auch für die kommende Spielzeit in weitestgehender Weise entgegenkommen, jedoch der Aus-gabensatz eine geradezu enorme Höhe erreicht hat. Das Prager Deutsche Theater steht mit dieser Last nicht vereinzelt da. Die großen Theater vom Range Prags, zumal jene, die mit dem dreistelligen Programm Oper, Operette und Schauspiel arbeiten, müssen sämtlich mit den größten Defiziten rechnen, weil jedes Genre künst-lerisch vollwertig zusammengehalten und voll bezahlt werden muß, als ob es täglich Verwendung fände, wäh-rend es doch auch nicht annähernd voll ausgenutzt werden kann. Große Theater in Deutschland haben deshalb in dieser Spielzeit die Oper ganz aufgegeben, weil die Kosten hierfür nicht aufzubringen sind.

Die Direktion hat es nicht an Opern fehlen lassen, um auch dieses Jahr ein musterträgliches Ensemble zusam-menzustellen. Trotz mancher empfindlichen Verluste im

Operensemble sind doch bewährte Säulen geblieben und neue Mitglieder werden, glücklich geführt, sich bald auch in die Kunst des Publikums einfinden. Die Operette steht heute wieder auf einer absolut glänzenden Höhe, die uns die Konkurrenz mit Berlin und Wien nicht scheuen läßt. Auch das Schauspiel hat wertvolle Ergänzungen erfahren, wie bereits die stattgefundenen Vorstellungen erwiesen haben, die den vollen Beifall des Publikums und der Presse fanden. Das Repertoireprogramm der Oper enthält u. a.: „Ritter Blaubart“ von Rejzick, einen Einakterabend von Hindemith, „Der Schachgräber“ von Schreker und „Pestalozza“ von Heller, „Der Zwerg“ von Alexander Zemlinsky. Als Neueinstudierungen werden erscheinen: „Der Barbier von Bagdad“ von Cornelli, „Ranon“ von Massenot, „Die Hugenotten“ von Reyer-beer, „Waldschütz“ von Vorking, „Die weiße Dame“ von Holbäuer, der „Ring der Nibelungen“, ein Mozart- und Richard Strauss-Zyklus, letzterer mit der neuinstudierten „Ariadne auf Naxos“. In der Operette drabstichtigt die Direktion „Fraquita“ von Lehár, „Offenbach“ von Radar, „Der Günstling der Jarin“ von Winterberg, „Ma-dame Pompadour“ von Leo Fall und die eventuellen erfolgreichen Novitäten dieser Spielzeit zu bringen. Im Schauspiel steht die Direktion vor allem einen Haupt-mann-Zyklus zu Ehren des 60. Geburtsjahres des Dichters vor, der etwa 12 Werke umfassen soll. An klassischen Stücken werden erscheinen: „Räthchen von Heilbronn“, „Der Traum ein Leben“, „Jüdin von Toledo“, „Julius Cäsar“, „Der Wilderpenntigen Zähmung“, „Komödie der Irrungen“, „Romeo und Julia“, „Tasso“, „Die Braut von Messina“, „Maria Magdalena“, „Ein Volkseind“, „Baumfäller Solnek“ u. a.

Diese künstlerischen Absichten der Direktion sind aber nur durchführbar, wenn das Publikum wehrhältigen Anteil nimmt an den Ereignissen seines Theaters. Diese Anteilnahme ist nicht nur eine Existenzfrage für das Deutsche Theater in Prag in seiner gegenwärtigen Situation, sondern auch grundlegend für seinen Weiter-bestand in den künftigen Jahren. Die Direktion hat, den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragend, versucht, in bescheidenem Maße die Abonnentenpreise zu er-mäßigen. In der Hoffnung, daß der gute Wille für mehr genommen wird, trotzdem die materiellen An-forderungen sich bedeutend erhöht haben. Die Direktion hofft aber, daß dadurch weiteren Kreisen des Publikums der Theaterbesuch ermöglicht werden wird.

Respod Kramer, Direktor des Deutschen Landestheaters in Prag.

Abonnementspreise 1922-23

ohne 2%ige Umsatzsteuer.

Table with 4 columns: Subscription type (Vortier- und 1. Ranglogen Nr. 1-4, etc.), and 3 price columns for 240, 120, and 60 performances.

Die Abonnenten, welche ihr Abonnement zu erneuern wünschen, werden ersucht, die Abonnementkarten bei der Kassa vom 27. September bis inklusive 1. Oktober unter Vorweisung der letzten Abonnementkarte zu begeben. In derselben Zeit werden Anmeldungen neu-eintretender Abonnenten angenommen. Die Ausgabe für neu-eintretende Abonnenten beginnt am Sonntag, den 8. Oktober.

Prag, am 27. September 1922.

Die Direktion.

Ein unentbehrliches Handbuch

Arbeiter-Jahrbuch 1923

Das in den nächsten Wochen im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokra-tischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik erscheint. Gerade das Beste ist für die Arbeiter gut genug. Kein minderwertiges Ge-dicht, keine leichte Erzählung fand deshalb Auf-nahme in dieses proletarische Hausbuch. Der Leser findet darin nur die besten Namen des deutschen und ausländischen Schrifttums. In allzubiele Arbeiterfamilien findet man leider noch immer die süßlichen „Familienkalender“ mit ihren verlogenen, faden „moralischen“ Geschichten. Ar-beiter, die stolz darauf sind ihre proletarischen Pflichten zu erfüllen, die keine bürgerliche Zeitung in ihrem Heim dulden würden, laufen gedanken-los irgend einen dieser von geschäftstüchtigen Unternehmern auf den Markt geworfenen Ka-lander und kümmern sich nicht darum, was für Bücher solcher Art ihre Frauen nach Hause brin-gen. Das muß anders werden! In seinen Feier-stunden, wenn er im Kalender blättert, soll der Arbeiter nur schöne, wertvolle Erzählungen, gehaltvolle Dichtungen, gebiegene Aufsätze finden. Die aber bietet ihm in überreicher Fülle das „Arbeiter-Jahrbuch“. Trotz des reichen Inhaltes und der vorzüglichen Ausstattung kostet das „Arbeiter-Jahrbuch“ nicht mehr als 7 Kro-nen. Der Preis wurde so niedrig gehalten, um es jeder Arbeiterfamilie zu ermöglichen, sich dieses wertvolle Hausbuch anzuschaffen. 1056

Gasthausverpachtung.

In der Gemeinde Botenwald gelangt mit 1. Jänner 1923 das Gemeindegasthaus zur Wiederverpachtung. Bewerber haben ihr schriftliches Anbot, belegt mit einem 26 prozentigen Badium des Anbotspreises, bis zum 15. Oktober 1922, 8 Uhr vormittags, mit der Auf-schrift „Gemeindegasthauspacht“ versehen beim Gemein-deamte in Botenwald einzubringen. Die Pachtbedingun-gen liegen in der Gemeindegasthausverwaltung während der Amts-stunden, täglich von 8 bis 12 Uhr vormittags, mit Aus-nahme der Sonntage, zur Einsichtnahme auf. Das Ver-gabungsrecht wird ohne Rücksicht auf das Höchstangebot vorbehalten.

Der Bürgermeister: Richard Berner.

Berausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag, Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Advertisement for 'Piering-Sent u. Essig' (pickles and vinegar) with a diamond logo and text 'Sozialistische Theater-Stücke und Vortragbücher'.

Der „Verband der öffentlichen Angestellten“ beabsich-tigt in der nächsten Zeit ein Zweigsekretariat für Mäh-ren und Schlesien zu errichten. Zur selbständigen Befor-gung der Agenden dieser Zweigstelle wird ein

Sekretär

gesucht. Derselbe muß organisatorisch und rednerisch be-fähigt und der tschechischen Sprache mächtig sein. Be-werber wollen ihre Offerte mit Schilderung der bisherigen gewerkschaftlichen Tätigkeit und Angabe der Gehalts-anprüche an das Sekretariat des Verbandes der öffent-lichen Angestellten, Reichenberg, Hablau 17, 1. Stock, bis 31. Oktober 1. J. einbringen.

Bewerber, die mit den mährisch-schlesischen Verhält-nissen vertraut sind, erhalten bei sonst gleicher Qualifi-kation den Vorzug. 1084

Die Verbandsleitung.

Large advertisement for 'Preisfrage' (prize question) regarding Berson-Gummi-Absätzen and Berson-Gummi-Sohlen. Includes an image of a shoe sole and detailed prize information.

In das Heim des Klassenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan. der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei - „Sozialdemokrat“ -

Nr. 300. ab 1922.

Öffentl. Bau-Ausschreibung.

Die Bezirksverwaltungs-kommission in Gablonz a. N. schreibt hiemit folgende Adaptierungs-arbeiten im III. Pavillon des allgem. öffentl. Bezirkskrankenhauses öffentlich zur Vernehmung aus.

Bauarbeiten: Maurer- u. Handlanger, Steinmetz, Tischler, Zimmermanns-arbeiten und verschiedene Lieferungen. Dachdecker, Speng-ler, Schlosser, Glaser- und Klempnerarbeiten.

Die Baubedingungen bezw. Bedingungen für die Vergabung der Professionsarbeiten liegen in der Kanzlei der Bezirksverwaltungs-kommission zur Einsicht auf.

Auch kann hier in die Voraussetzungen eingesehen werden, ebenso können daselbst Anbotformulare bezogen werden.

Die entsprechenden Angebote sind bis längstens 30. September 1922, 12 Uhr mittags in der Kan-zelei der Bezirksverwaltungs-kommission Gablonz a. N., Neuer Markt 2, zu überreichen.

Der Bezirksverwaltungs-kommission bleibt die freie Wahl unter den Bewerbern oder die Ablehnung aller Angebote vorbehalten.

Der Vorsitzende des Krankenhausverwaltungs-ausschusses:

Bürgermeister: Karl A. Fischer.

Der Vorsitzende der Bezirksverwaltungs-kommission:

Ed. Ludw. Redhammer.

Advertisement for 'SANA' margarine, featuring a large logo and text 'Teemargarine allgemeine Konsummarke!'.

Advertisement for 'SANA' margarine, featuring a large logo and text 'Teemargarine allgemeine Konsummarke!'.